Nachrichten des HSGB, Donnerstag, 29. Januar 2015

## Resolution für Freiheit und Toleranz

Nach den Anschlägen von Paris haben viele Kommunen ein Zeichen gesetzt und mit Resolutionen und Veranstaltungen deutlich zu machen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrem je eigenen Umfeld für Toleranz, Meinungsfreiheit und gegen Gewalt aussprechen. Einen entsprechenden Vorschlag des HSGB für eine Erklärung hat beispielsweise die Gemeinde Burgwald aufgegriffen und in ihrer Resolution auch auf das Schicksal des saudischen Journalisten Raif Badawi aufmerksam gemacht.

Hier die Resolution im Wortlaut:

Durch Anschläge wie auf das Magazin “Charlie Hebdo” sollen Meinungsfreiheit und Toleranz vernichtet werden. In allen Städten und Gemeinden herrscht Betroffenheit über die Vorgänge der letzten Tage. Aber die lokale Demokratie ist wehrhaft. Bei aller ethnischer, religiöser oder kultureller Verschiedenheit verbindet uns das Bekenntnis zu Verfassung, Rechtsstaat und Menschlichkeit.

Das ist das Fundament unserer Gesellschaft vor Ort, in der wir alle friedlich miteinander leben können und wollen. Dafür stehen wir kompromisslos in unserem Gemeinwesen ein.

Die Reaktionen auf eine solche Tat wie in Paris sind vor allem eines: menschlich. Doch Emotionen dürfen nicht zu Ausgrenzungen und Vorverurteilungen führen. Aufklärung und Information der Bürgerinnen und Bürger sind wichtiger denn je, damit die Anschläge nicht zum Anlass unreflektierter Propaganda werden.

Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass in unserer Gemeinde das hohe Gut der Meinungsfreiheit gewahrt und dass das friedliche Miteinander von Menschen gleich welcher ethnischer, kultureller oder religiöser Prägung in unserer Kommune geschützt wird.

Betroffen sind die Mitglieder der Gemeindevertretung der Gemeinde Burgwald über die Verurteilung des saudischen Journalisten Raif Badawi, der seit Mai 2014 im Gefängnis sitzt. Für seine freie Meinung hat man Herrn Badami zu 1000 Peitschenhieben, zehn Jahren Haft und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Diese 1000 Peitschenhiebe für die freie Meinungsäußerung kommen einem Todesurteil gleich. Wir fordern alle politisch Verantwortlichen in unserem Land auf, sich gegen dieses Urteil zu stellen.

Wir sagen JA zur Freiheit des Wortes und der Meinung.

Wir sagen JA zu unserer gesellschaftlichen Vielfalt

Wir sagen NEIN zur Gewalt.

Wir sagen NEIN zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.